Monetäre Belastungen im Alltag

Diagnose Krebs ist ein Armutsrisiko

Durch eine längere Behandlungszeit büßen Krebspatienten oft Teile ihres Gehalts ein. Hinzu kommen zusätzliche Ausgaben, etwa Zuzahlungen oder Eigenleistungen. Eine Kasuistik aus dem Sozialdienst des Tumorzentrums am NCT Heidelberg verdeutlicht die Brisanz.

Eine länger dauernde Krebserkrankung mit der Folge unabsehbarer langer Arbeitsunfähigkeit ist für die Betroffenen und deren Familien ein Risiko, ins wirtschaftliche Prekariat abzustürzen. Zwar gibt es darüber keine bundesweit systematisch erhobenen Daten – aber Fallsammlungen des Sozialdienstes am Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen in Heidelberg (NCT) deuten auf die Brisanz.

Einige Kasuistiken präsentierte Jürgen Walther, Leiter des Sozialdienstes, bei einem Presseworkshop des Deutschen Krebsforschungszentrums im Januar 2016 in Heidelberg. Beispielsweise der Facharbeiter, 35 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, Nettoeinkommen 2.600 Euro mit der Diagnose metastasiertes

Magenkarzinom Ende März 2015; die Chemotherapie dauert bis heute an.

Nettogehalt mehr als halbiert

Die ökonomischen Folgen: Nach sechs Wochen endet die Lohnfortzahlung, das Krankengeld beträgt 68 % des Nettoeinkommens – rund 1.800 Euro. Knapp drei Monate nach Krankheitsbeginn, am 15. Juni 2015, fordert die Krankenkasse ihren Versicherten auf, bis spätestens zum 3. Juli eine Reha, ersatzweise eine Rente, zu beantragen – ansonsten werde die Krankengeldzahlung eingestellt. Rechtsgrundlage: § 51 SGB V. Im konkreten Fall missachtete die Kasse jedoch die gesetzliche Frist von zehn Wochen und versäumte eine Rechtsbehelfsbelehrung. Der Reha-Antrag wurde am 27. August von der Rentenversicherung abgelehnt, aufgrund des Gesundheitszustandes gelte der Reha-Antrag als Antrag auf Rente: „Ihre Rente beginnt am 1.10.2015.“ Dauer der Erwerbsminderung vorläufig bis Ende Oktober 2017. Folge: Das Nettoeinkommen sinkt um mehr als 1.500 Euro auf nur noch 1.060 Euro.

Walther: „In einer solchen Situation öffnen viele Betroffene gar nicht mehr ihre Post.“

Hinzu treten neue krankheitsbedingte Belastungen wie Zuzahlungen oder Eigenleistungen, die nicht von der Krankenkasse übernommen werden. Das sind etwa Fahrtkosten zur ambulanten Behandlung im Tumorzent-

rum mit nicht selten weiten Anfahrtswegen. Solche Konstellationen, so Walther, seien keine exotischen Einzelfälle. Typischerweise betroffen seien Bürger aus der Mittelschicht, denen mit ihren Familien aufgrund ihrer schweren Erkrankung der Absturz in die Armut drohe.

Ursächlich dafür ist die Konstruktion des § 51 SGB V, der Menschen mit schweren und langwierigen Krankheiten betrifft, die die Erwerbsfähigkeit erheblich gefährden oder mindern. In diesem Fall kann die Krankenkasse eine Frist von zehn Wochen setzen, innerhalb derer ein Antrag auf Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben gestellt werden muss. Alternativ können die Versicherten einen Antrag auf Rente wegen voller Erwerbsminderung stellen. In beiden Konstellationen entlastet sich die Krankenkasse um die Zahlung von Krankengeld, denn dann wird die Rentenversicherung für die Lohnersatzleistung zuständig. Entziehen kann sich der Betroffene nicht: Stellt er keinen Antrag auf Reha, so entfällt der Anspruch auf Krankengeld automatisch.

Nicht selten unter Armutsgrenze

Auf diese Art und Weise wird der gesetzliche Anspruch auf maximal 78 Wochen Zahlung von Krankengeld zur Fiktion. Ohnehin zahlt die Kasse im Regelfall für eine deutlich kürzere Zeit. Denn abgezogen wird die meist sechswöchige Dauer der Lohnfortzahlungen ebenso wie die Zeit, in der die Rentenversicherung (Reha) Lohnersatzleistungen zahlt.

Im Worstcase tritt sehr schnell der Rentenfall ein – bei dem in den letzten 15 Jahren deutlich abgesenkten Niveau der Erwerbsminderungsrenten bleibt am Ende oft nur ein Drittel des ursprünglichen Nettoeinkommens. Und damit wird nicht selten die Armutsgrenze unterschritten.

Helmut Laschet

Für Krebspatienten kann das Geld im Laufe der Behandlung immer knapper werden.